

„Öffentlicher Dienst: Kaufkraftverlust bis zu 13 Prozent“

BOZEN. Das **Arbeitsförderungs-**
institut AFI hat nachgerechnet:
Zwischen 2010 und 2018 sei das
Bruttoinlandsprodukt in Südti-
rol real um 10 Prozent gestiegen,
die Zahl der Erwerbstätigen um
8 Prozent und die Lebenshal-
tungskosten um 16 Prozent.
„Der Grundlohn eines öffentlich
Bediensteten ist im selben Zeit-
raum, abhängig von der Funkti-
onsebene, nominell zwischen
5,6 Prozent und 2,9 Prozent ge-
stiegen, was real einer Abnahme
von minus 10,4 Prozent bis mi-
nus 13,1 Prozent entspricht“,
heißt es in einer Aussendung –
ausgehend von den derzeitigen
Vertragsverhandlungen zwi-
schen Gewerkschaften und öf-
fentlicher Hand. In der Analyse
des AFI heißt es unter anderem:

„Der aktuelle Vorschlag der öf-
fentlichen Delegation ist nicht
konform mit den Richtlinien der
Landesregierung“. Die Richtlini-
en der Landesregierung gäben
nämlich vor, dass in der Festle-
gung der Entlohnungen der
Schutz der Kaufkraft der Gehäl-
ter, unter Berücksichtigung der
allgemeinen Entwicklung der
Wirtschaft und des Arbeits-
marktes sowie der grundlegen-
den Bestimmungen der wirt-
schaftlich-sozialen Reformen
zu berücksichtigen sind. Das
AFI hat auch die beiden Vor-
schläge der Verhandlungspar-
teien anhand eines Fallbeispie-
les durchgerechnet. Fazit: Zwi-
schen den Vorstellungen der
beiden Seiten liegen rund 3000
Euro brutto.

